

Bautzen, den 31. Januar 2014

# EinBlick

## von und nach Berlin



**Maria Michalk**

Mitglied des  
Deutschen Bundestages  
direkt gewählte Abgeordnete der CDU im  
Wahlkreis 156  
(Bautzen 1)



**Büro im Deutschen Bundestag**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 7 33 30

Fax: (030) 227 – 7 66 81

E-Mail: [maria.michalk@bundestag.de](mailto:maria.michalk@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro Bautzen**

Hohengasse 16, 02625 Bautzen

Tel.: (03591) 35 12 05

Fax: (03591) 35 12 07

E-Mail: [maria.michalk@wk.bundestag.de](mailto:maria.michalk@wk.bundestag.de)

Internet: [www.maria-michalk.de](http://www.maria-michalk.de)

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Woche in Berlin begann mit einer Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus. 70 Jahre ist es her, dass die Blockade Leningrads endete. Es war sehr bewegend, als der 95jährige russische Schriftsteller Daniil Granin die Leiden der Bevölkerung Leningrads während der zweieinhalbjährigen Belagerung der Stadt durch die deutsche Wehrmacht geschildert hat. Angst, Schrecken und Verzweiflung bis hin zum Tod prägte die Zeit dort und an vielen anderen Stellen Europas. Das darf niemals in Vergessenheit geraten. Daraus schöpfen wir die Verantwortung, bei allem was politisch zu verantworten ist, den Frieden als oberstes Ziel zu sehen.

Die Plenarwoche war nach einer Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel geprägt von einer Generaldebatte zur politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Situation Deutschlands und Europas. Der Duktus der meisten Redner war bestimmt von dem Credo, das sich mit einer Aussage von Marie Curie deckt, nämlich „Man merkt nie, was schon getan wurde, man sieht immer nur, was noch zu tun bleibt.“ So sind es die Eckpunkte zur Reform des Erneuerbare-Energie-Gesetzes. Es ist das Rentenpaket mit dem Teil der Mütterrente und des möglichen Renteneintritts mit 63 Jahren bei 45 Versicherungsjahren. Es ist das Gesetz zur Preisbildung von Medikamenten. Es sind die weiteren Stabilisierungsgesetze im Euro-Raum und vieles mehr.

Auch haben wir mit weiteren Wahlen für viele Gremien die Grundlagen der Arbeitsfähigkeit vervollkommenet.

Ich wurde in dieser Woche mit dem besten Ergebnis in der Fraktion zur Obfrau im Gesundheitsausschuss gewählt, das heißt, ich bin stellvertretende Sprecherin. Ich freue mich auf diese Arbeit.

Herzliche Grüße aus dem verschneiten Berlin.

Ihre

## I. Die Woche im Parlament

1. **Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin.** Auf der Klausur in Meseberg hat die neue Bundesregierung die Grundlinien ihrer Politik bestimmt und die Schwerpunkte des ersten Jahres dieser Wahlperiode herausgearbeitet. Die Bundeskanzlerin wird den Deutschen Bundestag die Schwerpunkte der dritten von ihr geführten Regierung darlegen.
2. **Aussprache zur Regierungserklärung.** Neben der Generalaussprache zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin werden wir in dieser Woche zudem die Politikfelder aller Ressorts debattieren. In den drei Tagen von Mittwoch bis Freitag stellen alle Fachminister die Leitlinien der von ihnen geplanten Arbeit dar, über die der Bundestag anschließend jeweils intensiv diskutieren wird.
3. **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verstärkung der integrierten Luftverteidigung der NATO auf Ersuchen der Türkei und auf Grundlage des Rechts auf kollektive Selbstverteidigung (Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen) sowie des Beschlusses des Nordatlantikrates vom 4. Dezember 2012.** Mit ihrer Präsenz haben die seit Anfang 2013 in der Türkei stationierten Flugabwehrraketen aus den Niederlanden, den USA und Deutschland zum Schutz der Türkei vor Angriffen aus Syrien beigetragen. Der Alliierte Oberbefehlshaber der NATO (SACEUR) hat in seinem turnusmäßigen Bericht vom 3. Dezember 2013 die Bedrohung der Türkei durch Syriens ballistische Kurz- und Mittelstreckenraketen als unverändert bewertet. Wir stimmen daher dem Antrag der Bundesregierung zu, den seit dem 4. Dezember 2012 bestehenden deutschen Beitrag zur Verstärkung der integrierten Luftverteidigung der NATO in der Türkei bis zum 31. Januar 2015 zu verlängern. Mit dieser defensiven Maßnahme unterstützen wir unseren NATO-Partner Türkei und beteiligen uns so am Schutz der türkischen Bevölkerung.
4. **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Operation ACTIVE ENDEAVOUR im gesamten Mittelmeer.** Ebenfalls befristet verlängern wir die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der von der NATO geführten Operation „Active Endeavour“. Bis zum 31. Dezember 2014 können bis zu 500 Soldaten im Rahmen der maritimen Terrorismusabwehr eingesetzt werden, die sich momentan vor allem auf Seeraumüberwachung und Lagebildaustausch beschränkt. Gegenüber früheren Mandaten wurde auf die Befugnisse zur Kontrolle des Seeverkehrs oder zur Unterstützung spezifischer Operationen der NATO verzichtet.
5. **Wahlen zu Gremien.** Der neue Bundestag setzt in dieser Woche die Besetzung der von ihm zu besetzenden Gremien fort. Dazu werden wir auf zwei Tage verteilt eine ganze Reihe von Wahlen durchführen. So ist der 'Gemeinsame Ausschuss' nach Art. 53a Grundgesetz, das so genannte Notparlament zu besetzen. Außerdem wählt der Bundestag seine Mitglieder des Vermittlungsausschusses, des Wahlprüfungsausschusses und in den Richterwahlausschüssen. Darüber hinaus besetzen wir weitere nach Grundgesetz oder Bundesgesetzen vorgesehene Gremien zur Ausübung der parlamentarischen Kontrolle des Regierungshandelns.

## II. Daten und Fakten

1. **Mehr Braunkohlestrom – weniger CO<sub>2</sub>.** Aus vorläufigen Zahlen der *Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen*, einem Zusammenschluss von Forschungsinstituten und Branchenverbänden, geht hervor, dass der Anteil der Braunkohle an der Stromerzeugung 2013 noch einmal um 0,8% höher lag als im Vorjahr. Der Anteil der Braunkohle an der Stromerzeugung betrug im Jahr 2013 demnach 25,8%. Der bisherige Tiefstwert wurde 2010 mit 23% erreicht. Beim gesamten Energieverbrauch inklusive Verkehr und Wärme lag der Braunkohleanteil 2013 bei etwa einem Zehntel.

Allerdings emittieren die Kraftwerke in Deutschland weniger CO<sub>2</sub>, weil alte Kraftwerke durch modernere und effizientere Anlagen abgelöst wurden. Demzufolge wird mehr Elektrizität mit weniger Kohle erzeugt. Die Braunkohlestromproduktion stieg auf 162 Milliarden Kilowattstunden, doch die dafür eingesetzte Menge Braunkohle sank nach Angaben des Bundesverbandes Braunkohle um 2% auf 182 Milliarden Tonnen. Die aus Braunkohleverstromung verursachten Emissionen sanken entsprechend. Gegenüber 1990 hat Deutschland seine Emissionen um mehr als die versprochenen 21% reduziert.

*(Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Januar 2014)*

2. **Syrienkonflikt.** Seit Beginn der Bürgerkriegs-Auseinandersetzungen sind fast drei Jahre vergangen. Mittlerweile sind 9,3 Millionen Menschen innerhalb Syriens auf humanitäre Hilfe angewiesen, nahezu die Hälfte der syrischen Bevölkerung. 2,3 Millionen Syrer sind bisher ins Ausland geflohen. 6,5 Millionen Menschen wurden durch den Konflikt zu Binnenvertriebenen. Der Libanon beherbergt mit aktuell 880.000 Menschen mehr als ein Drittel der syrischen Flüchtlinge in der Region. Laut der libanesischen Regierung sind zudem 1,5 Millionen Libanesen vom Bürgerkrieg in Syrien betroffen.

Erwartet wird, dass die Zahl der Flüchtlinge in Jordanien bis Ende 2014 auf 800.000 zunimmt, was dann 13% der Bevölkerung insgesamt ausmacht. Aktuell befinden sich 563.008 Syrer in Jordanien.

Die Türkei nahm bisher 536.371 Flüchtlinge aus Syrien auf, die in 21 Camps sowie bei türkischen Verwandten Zuflucht gefunden haben.

Ende 2013 wurden 206.000 Syrer im Irak vom Hohen Kommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) registriert. Der Irak hat seine Grenzen Ende 2013 für syrische Flüchtlinge geschlossen und nimmt weitere Syrer nur noch im medizinischen Notfall auf.

128.823 Syrer haben in Ägypten Zuflucht gefunden. In Folge der Verschärfung der Einreisebestimmungen Ende Juni 2013 nahm der Zustrom der Syrer in Ägypten ab.

Die Aufnahme von Millionen syrischer Flüchtlinge stellt die fragile Region vor enorme soziale und wirtschaftliche Herausforderungen. Aktuell arbeiten 150 Hilfsorganisationen in den fünf Ländern, um die Versorgung der Flüchtlinge zu gewährleisten. Die Vereinten Nationen beziffern den humanitären Bedarf in Syrien für 2014 auf 2,27 Mrd. US-Dollar. Für die umliegenden Länder liegt der Bedarf bei 4,2 Mrd. US-Dollar.

Deutschland gehört zu den größten bilateralen Gebern. Seit 2012 hat unser Land nach Informationen des Auswärtigen Amtes 440 Mio. Euro für humanitäre Hilfsleistungen zu Verfügung gestellt. Neben der Arbeit des UNHCR werden insbesondere Projekte deutscher Nichtregierungsorganisationen unterstützt. Diese Hilfe soll aktuell mit 80 Mio. Euro zusätzlich ausgeweitet werden.

20.000 syrische Flüchtlinge haben seit 2011 in Deutschland Aufnahme gefunden. In einem gesonderten Programm werden 10.000 besonders schutzbedürftige Flüchtlinge gezielt aufgenommen.

Zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen hat Deutschland die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW) mit 5 Mio. Euro unterstützt.

*(Quelle: Auswärtiges Amt, UNHCR)*

### III. Termine:

Einen Überblick der Termine finden Sie auf meiner Internetseite unter:

[www.maria-michalk.de](http://www.maria-michalk.de)

#### Impressum:

- Wahlkreisinformationsdienst MdB Maria Michalk, Tel. 03591 – 35 12 05
- Wenn Sie aus dem Verteiler gestrichen werden wollen, teilen Sie das bitte mit unter [maria.michalk@wk.bundestag.de](mailto:maria.michalk@wk.bundestag.de).